

# Albin L. Ockl

Dipl.-Ing.

Gründer und verantwortlicher Planer / Organisator der Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH  
Opfer politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

Am Buschkamp 10  
42549 Velbert

Tel (0 20 51) 603840  
Fax (0 20 51) 603841

albin.ockl@euro-online.de  
www.euro-online.de

Per Fax an 0201-7992-7302

## Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen Berufungsgericht zu Mehrfach- Gerichtsbescheid

L 5 P 110/24

L 5 P 105/24

Zweigertstraße 54  
45130 Essen

Velbert, 20.Juli 2024

Berufung vom 15.Juni 2024 wegen Anfechtung von  
brutal verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden,  
termingerecht abgegeben mit Eingangsstempel vom 24.06.2024

-----  
Aktenzeichen

L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

Rechtsstreit

DEBEKA Krankenversicherungsverei a.G, Sozialversicherungsträger  
(Krankenversicherung und hier **Pflegeversicherung**), vertreten durch  
Vorstand, Beschwerdegegner, Kläger, Berufungsbeklagter  
vertreten von Prozessbevollmächtigten (**RAe Giebel und Kollegen**,  
Stresemannstraße 60, 28207 Bremen),  
unterstützt von **weisungsgebundenen Staatsanwälten**,  
mit juristischem Service für den Kläger und gegen das Opfer,  
mit judikativem Service für die Richter,  
unter Weisungsdruck durch das **wegen politisch motivierter  
Zerschlagungen beklagten Bundeskanzleramt (Bundesrepublik  
Deutschland)**  
gegen

Albin L.Ockl, Beklagter und Berufungskläger, Opfer  
**politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 unter persönlicher  
Verantwortung von Altbundeskanzler und Altbundeskanzlerin  
(1998-2005-2021)**

**Berufung zu verfassungswidrigen Mehrfach-Gerichtsbescheiden:**

Soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 gegen

**Rentner im 83.Lebensjahr,**

Gerichte übergreifend mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2011, als Fortsetzung politisch motivierter Zerschlagungen am Wohnort und am Geburtsort, seit über 25 Jahren, mit verfassungswidrigem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Pfändungen auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen bis zum Schutz-Limit wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen (über 500 €/Mon), ohne Chance auf einen angemessenen Lebensabend nach einem herausragenden Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott des grundgesetzlichen Anspruchs auf Rehabilitierung und Schadenersatz.

**Hier: Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“.

**> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.**

Die detaillierten Ausführungen sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Doku nachlesbar:

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>

Scroll down after link (page 01)

Begründung in fortlaufender Nummerierung

**LSG-54. Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 im Kontext von Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen am Amtsgericht Velbert (verfassungswidrige Krankenversicherung), am Amtsgericht Mettmann (verfassungswidrige Pflegeversicherung-Strafverfahren), am Amtsgericht Mayen (verfassungswidrige Mahnverfahren), am Sozialgericht Düsseldorf (verfassungswidrige Pflegeversicherung) und am Landessozialgericht NRW in Essen (Pflegeversicherung-Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide. Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen, verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher Begründung, um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre Abwehrfunktionen nicht respektiert werden. Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung: Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen. > > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.**

Mit Schreiben vom 18.07.2024 wird vom Landessozialgericht die Begründung der Berufung L 5 P 110/24 vom 26.06.2024 angefordert. Der Berufungskläger hat eine einheitliche, qualifizierte Begründung zum **Mehrfach-Gerichtsbescheide-Berufungsverfahren erstellt**. Mit dieser Stellungnahme wird ein 2.Exemplar für L 5 P 110/24 / L 5 P 105/24 zugesandt.

Mit diesem Berufungsverfahren wird nachgewiesen, dass alle Gerichtsbescheide und Berufungsurteile bisher verfassungswidrig sind, weil Grundrechte nicht respektiert werden, europäische Menschenrechte mit Füßen getreten werden und mit einem Datenschutz-Skandal der Rechtsanwälte des Berufungsbeklagten in Kumpanei mit weisungsgebundenen Staatsanwälten, ihren Helfern und mit dem SCHUFA-Vorstand

Es wird darauf verwiesen, dass es darum geht:  
**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks  
mit Wissen aller Intendanten  
mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an  
Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)  
mit sozialer Zerschlagung und Datenschutz-Skandal in Folge.**

„**Reichsbürgerschwachsinn**“ ist nicht nachvollziehbar, weil die  
beschuldigten Spitzenpolitiker mit Immunitätsschutz

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

keinen Kaiser-Titel tragen, und darüber hinaus

**> 75 Jahre Grundgesetz >** gefeiert und angemahnt wurde:

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum.**

Es ist bemerkenswert, dass der Prozessbevollmächtigte des  
Berufungsgegners derartige **Anpöbeleien** vor einem  
Landessozialgericht ohne Repektierung des Grundgesetzes (Art. 1  
Abs. 1 GG) vollziehen darf. Wer Grundrechte in dieser Art und Weise  
nicht respektiert, der hat auch keinen Respekt vor dem Alter des  
Berungsklägers, der ein Lebenswerk mit Weltklasse-Höchstleistungen  
nachweisen kann: Zerschlagungen nicht trotz, sondern wegen

**Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa.**

„**Hass**“ als Klagemodell mit „**Hass im SCHUFA-Netz**“ ist **dezidiert  
zu verurteilen.**

„**Hass**“ in Verbindung mit einem **Datenschutz-Skandal** ist  
**dezidiert zu verurteilen.**

Darüber hinaus:

**Es ist ernsthaft anzunehmen**, dass die vorgelegten Zahlen, die am  
Amtsgericht Mayen von den Rechtsanwälte überhaupt nicht  
vertauenswert sind. In diesem Zusammenhang sind weitere  
Argumente ernsthaft vorzubringen. **Die Mahnverfahren des  
Amtsgerichtes Mayen zu verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen sind ebenfalls verfassungswidrig.**

LSG-55. > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen  
**Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen  
Opferdaten im SCHUFA-Netz:**

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter  
für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für  
Widerspruchsverfahren im SCHUFA-Netz

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse  
ONLINE'99 und

Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-  
89077-195-5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-  
Management

**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK),  
Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der  
**Menschenrechte** der Vereinten Nationen, Artikel 12.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und  
Integrität der Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden  
**hier mit Nonstop-Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen  
Verfahren seit 2011 absichtlich zu Täterdaten transformiert,**

> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott  
Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch  
motivierte Zerschlagungen verhindert werden und dadurch  
**Opferdaten mit hohem Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht  
werden (Datenverfälschung),**

> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer  
Zerschlagung durch Helfer und Helfershelfer  
weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt  
werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit  
„Hass im SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror,  
zweimal mit Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf

> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen  
Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen  
seit 2010 Menschenrechte mit Füßen getreten werden,

> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer  
Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen  
SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird

> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen  
Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen  
verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von  
weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der  
beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto  
wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch  
entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte.

Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach  
Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen  
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)  
mit Congress IV unter Leitung von

**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf  
Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal  
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz

„Es tut nicht weh, wenn es andere trifft:

**Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998, am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern, von sozialer Zerschlagung im 83.Lebensjahr mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto zu sozialer Aussperrung und Isolierung mit SCHUFA-Eintragungen, im Umfeld von Digitalisierungsnotstand, Sicherheitsnotstand, Energienotstand, Infrastruktur-Notstand, Klima-Notstand . . . In diesem Zusammenhang sind SCHUFA-Eintragungen ohne Wissen des Betroffenen kein geeignetes Instrumentarium, sondern eine verfassungswidrige Beteiligung an den politisch motivierten Zerschlagungen.“**

So in seinem Schreiben vom 10.Feb.2024 an

**Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit Herrn Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel** zuständig für das Widerspruchsverfahren gegen SCHUFA  
Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel ist qualifizierter Zeuge in einer ansehnlichen Zeugenliste, als Congressleiter der ONLINE 1999, Hessischer Datenschutzbeauftragter seit 2020: Sieh **Anlage LSG-07 Kapitel 45. (41.Aktualisiert wegen Datenschutz) Herausragendes Lebenswerk des Justizopfers, Weltklasse-Höchstleistungen mit erdrückender Beweislage.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 131/140)

Das Justizopfer persönlich hat die ersten Datenschutzbeauftragten in Deutschland ausgebildet, da war das BDSG noch im Entstehen und der Prozessbevollmächtigte : : : Es ist Sache des Gerichtes, weitere Diskriminierungen mit Einzeilern ohne Begründung zu unterbinden und zu bewerten.

**Hier werden SCHUFA-Eintragungen zum Zwecke des Verbraucherschutzes vorsätzlich missbraucht für soziale Zerschlagung als Fortsetzung von politisch motivierten Zerschlagungen unter persönlicher Verantwortung von **Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder** erzwungen von SCHUFA-Eintragungen der RAe des **Prozessbevollmächtigten**, die sich mit „Reichsbürgerschwachsinn“ nicht auseinandersetzen wollen, in Kumpanei mit **weisungsgebundenen Staatsanwälten und ihren Helfern sowie dem willfährigen SCHUFA-Vorstand Dr. Ole Schröder, . . . . .****

Sieh Kapitel

**LSG-52. > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

**Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht**

**> > > Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998 mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe erzwungen, und mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“**



durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 (Anlage LSG-30)

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99  
**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**

Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr

Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal** durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn

Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal** durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage, durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).  
Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung: Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

ausschließlich verursacht durch

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag

unter persönlicher Verantwortung von

Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder mit Immunitätsschutz

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

**mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum, ohne Immunitätsschutz.**

Datenschutz: Opfer ist kein Täter,

Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen (von weisungsgebundenen Staatsanwälten gestützt) und daher zu dezidiert zu verurteilen,

Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen geheicheltem Verbraucherschutz, tatsächlich ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto, dieses zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen

**Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK  
Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach  
Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf  
Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 299)

**Deutsches Grundgesetz fordert Gleichheit vor dem Gesetz:**

Jegliche Kosten gemäß Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom  
13.06.2024 (Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des  
Sozialgerichts vom 14.06.2024 (eingegangen am 21.06.2024) sind  
rechtswidrig und verfassungswidrig, weil Gleichheit vor dem Gesetz.  
Der Beklagte ist seit 2010 (70.Lebensjahr) gezwungen, ohne  
Rechtsanwalt alle Klagen eines verfassungswidrig agierenden  
Soziaversicherungsträgers zurückzuweisen. Darüber hinaus:

**Unter Hinweis auf Berufungsverfahren am Landessozialgericht  
Nordrhein-Westfalen mit Schriftsatz vom 15.Juni 2024:**

**Kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat  
für Gerichte übergreifende Nonstop-Hetzjagd von  
weisungsgebundenen Staatsanwälten unter Weisungsdruck der  
beklagten Bundesregierung seit über 12 Jahren**

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998  
am Wohnort in NRW (Z1) und am Geburtsort in Bayern (Z2)  
mit einer Hetzjagd gegen seinen Bruder in den wirtschaftlichen  
Ruin bis in den Tod (2012)**

**unter persönlicher Verantwortung von Altbundeskanzler und  
Altbundeskanzlerin (1998-2005-2021), mit Eskalation der sozialen  
Zerschlagung (Z4) im 83.Lebensjahr zu sozialer Diskriminierung,  
sozialer Diskreditierung und sozialer Aussperrung,  
mit judikativem Boykott und staatsanwaltschaftlicher Sabotage  
von Rehabilitierung und Schadenersatz und mit einem  
verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal der Rechtsanwälte des  
Sozialversicherungsträgers (aktuell 2024) in Kumpanei  
mit weisungsgebundenen Staatsanwälten mit Helfern und  
Helfershelfer inkl. SCHUFA-Vorstand, einem ehemaligen Mitglied  
der Bundesregierung im Kabinett Merkel II, verantwortlich für  
Niederschlagung von parallelen Petitionen an den Deutschen  
Bundestag in Berlin und den Bayerischen Landtag in München  
(2010-2011),**

**Sozialversicherungsträger betreibt soziale Zerschlagung mit  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu  
Versicherungsleistungen seit 2010,**

**Verfassungswidrige Nonstop-Bußgeldverfahren an den  
Amtsgerichten Mettmann und Velbert seit 2011 mit  
Freiheitsberaubung, Polizei-Terror und Psycho-Terror sind Teil  
des bundesweiten Datenschutz-Skandals unter SCHUFA-  
Beteiligung.**

**Jetzt erweitert mit > > > verfassungswidrigen Mahnverfahren des  
Amtsgerichtes Mayen zu sozialer Zerschlagung mit  
verfassungswidrigen Sozialversicherungen**

Das Landessozialgericht sollte nicht abwimmeln, sondern endlich dem  
verfassungswidrigen Treiben ein Ende setzen, mit einer mündlichen Abschluss-  
Verhandlung:

**Datenschutz-Skandal mit totalem Versagen von 3 Amtsgerichten gegen  
Rentner im 83.Lebensjahr: Daher**

**> Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand  
nach Art.20 Abs.4 GG anzumahnen:**

Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben  
alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht  
möglich ist.



**Rechtsanwendungen von Gesetzen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig.**

Rechtsverhältnis von Sozialversicherungen ist ohne Bedeutung bei verfassungsrechtlichen Bewertungen, weil kein grundrechtsfreier Raum im Sozialstaat.

Velbert, 20. Juli 2024



Albin L. Ockl



Dipl.-Ing.  
Albin L. Ockl

**Ich bin stolz darauf, als Gründer, Organisator und geschäftsführender Chefredakteur unserer Europäischen Congressmessen für digitale Evolution, die Leitveranstaltungen für eine beispiellose Gründerzeit (New Economy 2000) umgesetzt zu haben, mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Innovationstransfer, Innovationseffizienz und Innovationswachstum, ohne Subventionen, mit einer beachtlichen Leistung für die Zukunft von Deutschland und Europa**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/Beweise1.pdf>

Scroll down after link (page 19)

**Ich bin stolz darauf, mit mehreren 100.000 Congressbänden (ISBN-nummeriert) den Beiträgen deutscher Wissenschaftler zielgenau bei Entscheidern und Multiplikatoren Effizienz gesichert zu haben und mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für Innovationswachstum ein qualifiziertes Fundament für die Digital-Branche gelegt zu haben, mit einem professionellen Verlagsservice zu über 260 Congressen. Niemand außer mir war und ist bis heute in der Lage, in Zusammenarbeit mit Politik, Wissenschaft, Wirtschaft und Verwaltung solche Weltklasse-Höchstleistungen zu wiederholen.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/BP-1801.pdf>

Scroll down after link (page 24)

**Ich bin stolz darauf, mit hochqualifizierten Wissenschaftlern zusammengearbeitet zu haben, die auf unseren Europäischen Congressmessen bereits in **1986, 1987, 1988** Congressse für Künstliche Intelligenz (KI) mit 3x4=12 ganztägigen Symposien, professionell dokumentiert in ISBN-nummerierten Congressbänden, geplant und ausgeführt haben. Artificial Intelligence wird von der Politik seit 2018 als Schlüsseltechnologie der Digitalisierung erkannt und als die Zukunftsperspektive gepriesen, in der letzten CeBIT in 2018, die auch eingestellt werden musste trotz eines Verlustausgleichs von 250 Mio EUR (in 2009) wegen politischem Missbrauch der staatlichen UMTS-Auktion 2000 zu Umverteilung und Zerschlagung, und auf staatlichen Digital-Gipfeln, den Nachfolge-Veranstaltungen nach Zerschlagung/Aus unserer Europäischen Congressmessen in 2003 unter Federführung des Bundeswirtschaftsministeriums**

> > > <https://ifdt.org/kpf/>

> > > <http://www.euro-online.de/kommtech.html>

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH\\_87.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/KOMMTECH_87.pdf)

> > > [ONLINE Congressbände 1976 - 2003](#)

**Anlage LSG-30 Seite 2**

Leihgabe aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach Abschluss des Verfahrens (Pakete 1 und 2)

**Historischen Dokumente der ONLINE'99, der 22. Europäischen Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche) mit Congress IV unter Leitung von Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel, Der Hessische Beauftragte für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den „Reichsbürgerschwachsinn“ einzugehen“. Ohne Begründung!

**Anlage LSG-27** (Schriftsatz vom 11.Juli 2024)

für Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen L 5 P 110/24: Schreiben der RAe Giebel und Kollegen vom 13.06.2024 (Aktenzeichen 7244015-1) als Anlage der Mitteilung des Sozialgerichts vom 14.06.2024 (S 31 P 457/23, eingegangen am 21.06.2024)

**Beiliegend:** 2.Exemplar der Begründung des Berufungsverfahrens:  
**L 5 P 110/24: S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)**  
**L 5 P 105/24: S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)**

**Legende der sozialgerichtlichen Verfahren S 14 P 19/19, S 39 P 19/19, S 39 P 231/12) und nachfolgende mit Eskalation zur sozialen Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 mit Eskalation zu einem Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

Die detaillierten Ausführungen zu den einzelnen Kapiteln der Schriftsätze seit 2012 sind zusätzlich in der vernetzten Internet-Dokumentation einsehbar:

- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS2f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS3f.pdf>
- > > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit termingerechter Anfechtung eines Mehrfach-Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf vom 14.05.2024 (eingegangen am 24.05.2024 und am 28.05.2024) mit Berufung und Antrag auf Prozesskostenhilfe**

**LSG-51.** > 75 Jahre Grundgesetz > Europawahl zum 10.Mal in Deutschland > Anlass um anzunehmen:

Mehr Respekt vor Grundrechten und europäischen Menschenrechten

> **Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998 am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr zu sozialer Aussperrung mit „Hass im SCHUFA-Netz“**

**mit Wissen aller Staatsorgane**

**mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer**

unter persönlicher Verantwortung von

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

**unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks**

**mit Wissen aller Intendanten**

mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an

Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012)

**Über Deutschland hinaus: Ganz Europa ist involviert durch herausragendes Lebenswerk > > >**

**Von der in Mitteleuropa führenden ONLINE-Seminarreihe seit 1971 zu den Europäischen Congressmessen ONLINE und KOMMTECH seit 1977 mit dem weltweit größten Congressangebot für digitale Evolution in Deutschland und Europa in den größten deutschen Congress-Centren wie Hamburg, Düsseldorf, Berlin u.a.**

**mit exzellentem, nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum**

**durch professionellen Verlagsservice (ISBN-nummerierte Congressbände, systemrelevant für das Innovationswachstum der Digitalbranche).**

> **Das weltweit größte Congressangebot der Europäischen Congressmessen ONLINE & KOMMTECH mit professionellem Verlagsservice zu den digitalen Innovationschwerpunkten der IT und Telekommunikation (ITK/ITC)**

> > > **ONLINE Congressbände 1976 – 2003**

> > > **<http://www.euro-online.de/index.cfm?l=8&e=2&m=5>**

war Qualitäts- und Leistungsmerkmal der in Deutschland, Europa und weltweit herausragenden Europäischen Congressmessen, und das Jahr für Jahr über ein Viertel-Jahrhundert lang bis zum **ersten Fehlbetrag von 50 Mrd EUR im Bundeshaushalt 2000 ohne grundgesetzliche Schuldenbremse:**

Markt zerstörende Kapitalbeschaffung mit staatlicher UMTS-Auktion 2000 (weltweit größte Auktion, die jemals durchgeführt wurde), letzte

Congressmesse in 2003 erzwungen auf Kosten der digitalen Innovationselite, die mit den Folgewirkungen dieses

Monster-Markteingriffes eliminiert wurde, und mit politisch motivierter Zerschlagung des Opfers / Justizopfers,

> das aber nicht nur zerschlagen wurde, sondern darüber hinaus ausgegrenzt und ausgeraubt wurde,

dessen Rente auf Pfändungsschutzkonto (Pfändungsschutz gegen

staatliche Übergriffe) heute weiter mit Raubjustiz sozialer Zerschlagung geplündert wird, unter Federführung weisungsgebundener Staatsanwälte unter Weisungsdruck durch eine beklagte Bundesregierung, deren Politik diese Probleme verursacht,

> das bis heute mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage auf Rehabilitierung und Schadenersatz verzichten muss und einen diskriminierenden Opferkriminalisierung-Wahnsinn aushalten muss,

> das seit 2010 (70.Lebensjahr) totales Versagen der parlamentarischen Kontrolle am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag hinnehmen muss trotz ausführlicher Informationen an alle Staatsorgane, an alle Landesregierungen und an alle Intendanten der Öffentlich-rechtlichen Rundfunks,

> das einen horrenden Schaden in 2-stelliger Millionenhöhe am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern hinnehmen musste wegen totalem Staatsversagen und längst vorgerechnet hat.

Diese Congressmessen seit 1977, entwickelt aus seiner ONLINE-Seminarreihe seit 1971, sind das herausragende Lebenswerk ihres Gründers, ihre Systemrelevanz für eine weltweite Spitzenleistung der digitalen Evolution in Deutschland ist längst erwiesen.

Nicht nur erdrückende Beweislage bei Gerichten vorgelegt,

sondern auch hochqualifizierte Zeugen aus Deutschland und Europa mit aktiver Beteiligung an seinem Lebenswerk nachgewiesen wie

Bundespräsidenten, Ministerpräsidenten, EU-Kommissare und EU-Generaldirektoren, Bundesminister, : : :

führende Persönlichkeiten aus Wissenschaft, Wirtschaft, Politik und Verwaltung .

**LSG-52.** > 75 Jahre Grundgesetz > Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum

Seit 2010 (71.Lebensjahr): Nonstop–Gerichtsverfahren, Gerichte übergreifend im Gerichtsbezirk des Landgerichts Wuppertal, an Verwaltungsgerichten Regensburg, Düsseldorf und Berlin, am Sozialgericht Düsseldorf, alle bis zum Bundesverfassungsgericht

> > > Gerichte übergreifende Opferkriminalisierung-Maximierung gegen Rentner im 83.Lebensjahr mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa nach über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen seit 1998

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 und mit monatlicher Rentenplünderung auf Pfändungsschutzkonto, dieses zum Schutz gegen staatliche Übergriffe, und mit

„öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen „Verbraucherschutz“

durch Rechtsanwälte des Klägers, verantwortlich für

Soziale Zerschlagung mit Eskalation von verfassungswidrigen Sozialversicherungen zu sozialer Diskriminierung, sozialer Diffamierung

und sozialer Aussperrung, mit Unterstützung durch

weisungsgebundene Staatsanwälte unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung und mit einem ehemaligen Mitglied der Bundesregierung (heute SCHUFA-Vorstand für Politik und „Datenschutz“)

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessische Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,

Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

> > > Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99

**Datenschutz-Skandal im SCHUFA-Netz:**

Kein Datenschutz ohne Opferschutz > > > **Datenschutz-Skandal** durch Täter/Opfer-Umkehr

Opfer wird zum Täter kriminalisiert > > > **Datenschutz-Skandal**

durch Opferkriminalisierung-Wahnsinn

Ohne Rehabilitierung und Schadenersatz > **Datenschutz-Skandal**

durch judikativen Boykott und durch staatsanwaltliche Sabotage,

durch „öffentlichen Hass im SCHUFA-Netz“ unter Vortäuschung von „Verbraucherschutz“.

**Datenschutz-Skandal:** Datenschutz ohne Opferschutz mit „Hass im SCHUFA-Netz“ ausgehebelt durch Kumpanei von weisungsgebundenen

Staatsanwälten, RAe des klagenden Sozialversicherungsträgers und durch Mitglied der beklagten Bundesregierung unter Altbundeskanzlerin (SCHUFA-Vorstand).

**Maximaler Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:** Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges Verweigern von rechtlichem Gehör zu politisch motivierten Zerschlagungen.

Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf) vom 14.05.2024

**ausschließlich verursacht durch**

über 25 Jahren politisch motivierter Zerschlagungen mit Nonstop-Gerichtsverfahren seit 2010 (70.Lebensjahr) nach Niederschlagung von Petitionen am Deutschen Bundestag und am Bayerischen Landtag unter persönlicher Verantwortung von Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder

jetzt (2024) gegen Rentner im 83.Lebensjahr

**mit einem herausragenden Lebenswerk, mit Weltklasse-Höchstleistungen für Deutschland und Europa, mit den Europäischen Congressmessen für digitales Innovationswachstum**

**Datenschutz:** Opfer ist kein Täter, Kläger und seine Rechtsanwälte sind Mittäter von politisch motivierter Zerschlagungen und daher zu verurteilen, Zu verurteilen: Von sozialer Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 bis zu sozialer Aussperrung mit „öffentlichem Hass im SCHUFA-Netz“ wegen Verbraucherschutz, ohne Opferschutz mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto zum Schutz vor staatlichen Übergriffen

> Ekelhaft: Opfer-Verhöhnung ohne Respekt vor Grundrechten (Art.1 Abs.1 GG u.a.), massive Verletzung des Europäischen Menschenrechts auf ein faires Verfahren nach Art.6 EMRK

Zu respektieren: Grundrechtsgleiches Recht auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG, Vorrang für grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art. 34 GG.

**LSG-53. > 75 Jahre Grundgesetz >**

**Sozialstaat ist kein grundrechtsfreier Raum**

> Über 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen seit 1998

am Wohnort in NRW und am Geburtsort in Bayern

mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen (Krankenversicherung und Pflegeversicherung) ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 (70.Lebensjahr)

mit Eskalation der sozialen Zerschlagung im 83.Lebensjahr

bis zu sozialer Aussperrung und

mit Opferkriminalisierung-Wahnsinn

zu Datenschutz-Skandal mit „Hass im SCHUFA-Netz“

Kläger verantwortlich für verfassungswidrige Sozialversicherungen und für Sabotage von Rehabilitierung und

Schadenersatz mit Gerichte übergreifenden,

seit 2011 andauernden Nonstop-Gerichtsverfahren wegen

verfassungswidriger Sozialversicherungen

mit Rentenplünderung auf Pfändungsschutz-Konto für verfassungswidrige Sozialversicherungen.

Aufteilung der Gerichtsverfahren auf Sozialgericht (Pflegeversicherung) und Amtsgericht (Krankenversicherung) ohne Sinn, weil gleiches Rechtsverhältnis,

nur um mit einer Maximierung von Gerichtsverfahren soziale Zerschlagung und effektiven Beitrag zu politisch motivierter Zerschlagung zu leisten.

**Soziale Zerschlagung ist Teil der**

**politisch motivierten Zerschlagungen seit 1998,**

**erzwungen unter persönlicher Verantwortung von**

**Schröder / Steinmeier / Merkel / Söder**

mit Wissen aller Staatsorgane

mit Wissen der Ministerpräsidenten aller Bundesländer

unter Beteiligung des Öffentlich-rechtlichen Rundfunks

mit Wissen aller Intendanten,

unter Beteiligung des Klägers mit Unterstützung durch weisungsgebundene Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern für Missbrauch von



verfassungswidrigen Sozialversicherungen für politisch motivierte Zerschlagung.

Mit Niederschlagung von parallelen Petitionen an Deutschen Bundestag und Bayerischen Landtag (2010-2012), mit judikativem Boykott und staatsanwaltlicher Sabotage von Verfahren für Rehabilitierung und und Schadenersatz gemäß grundgesetzlichen Anspruch nach Art.34 GG, nach Verhinderung von Wiederaufbau der Europäischen Congressmessen mit

[Weltklasse-Höchstleistungen und nachhaltigem Wissensmanagement für digitales Innovationswachstum in Deutschland und Europa.](#)

[Opfer verhöhrender Datenschutz-Skandal mit Rechtsbeugung:](#) Opferdaten werden zu Täterdaten transformiert und kriminalisiert durch jahrelanges und andauerndes Verweigern von rechtlichem Gehör zu über 25 Jahre politisch motivierten Zerschlagungen mit kapitalen Vermögensschäden, Todesopfer, Freiheitsberaubung mit Psycho-Terror, Polizei-Terror, mit Missbrauch von Mahnverfahren, Mahnbescheiden, Bußgeldverfahren, mit Gerichte und Instanzen übergreifender Rechtsbeugung, mit krimineller Rentenplünderung für verfassungswidrige Sozialversicherungen auf Pfändungsschutz-Konto (zum Schutz gegen staatliche Übergriffe gegen Rentner im 83. Lebensjahr).

**Brutal verfassungswidrige Duplex-Gerichtsbescheide**

S 31 P 457/23 (Sozialgericht Düsseldorf)

S 31 P 146/22 (Sozialgericht Düsseldorf)

**Rechtsverhältnis ohne Bedeutung, wenn in Rechtsanwendungen Grundrechte und grundrechtsgleiche Rechte nicht respektiert werden Respektierung des grundrechtsgleichen Rechts auf Widerstand nach Art.20 Abs.4 GG anzumahnen:**

**Gegen jeden, der es unternimmt, diese Ordnung zu beseitigen, haben alle Deutschen das Recht auf Widerstand, wenn andere Abhilfe nicht möglich ist.**

**Rechtsanwendungen ohne Respektierung der Grundrechte und grundrechtsgleichen Rechte sind verfassungswidrig**

**Brutal verfassungswidrige Rechtsbescheide im Doppelpack mit deckungsgleicher Argumentation sind entschieden zurückzuweisen.**

**Alle Kosten dem Kläger anzulasten. Strafrechtliche Untersuchung der Vorgänge unter Verantwortung der Klägerseite und der weisungsgebundenen Staatsanwälte ist der Zukunft des Grundgesetzes geschuldet.**

**Anwendungen von Vertragsrecht ohne Respektierung von Grundrechten sind verfassungswidrig, also ohne Rechtskraft.**

> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS4f.pdf>

Scroll down after link (page 280)

**Schriftsatz vom 15.Juni 2024 an das Landessozialgericht Nordrhein-Westfalen in Essen mit Stellungnahme zu**

**Anlage LSG-29** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 18.07.2024 (eingegangen am 20.07.2024)

**Anlage LSG-28** (liegt vor)

Schreiben des Landessozialgericht (L 5 P 110/24) vom 15.07.2024 (eingegangen am 19.07.2024) mit anliegendem Antrag des Berufungsbeklagten, das Rechtsmittel zurückzuweisen unter der

Begründung: „Im übrigen gedenke ich nicht, auf den Reichsbürgerschwachsinn einzugehen“

**LSG-54.** Mehrfach-Gerichtsbescheide L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24 im Kontext von

Gerichte übergreifenden Nonstop-Gerichtsverfahren, zur Zeit alle wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen

[am Amtsgericht Velbert \(verfassungswidrige Krankenversicherung\)](#), am

[Amtsgericht Mettmann \(verfassungswidrige Pflegeversicherung-](#)

[Strafverfahren\)](#), am [Amtsgericht Mayen \(verfassungswidrige](#)

[Mahnverfahren\)](#),

[am Sozialgericht Düsseldorf \(verfassungswidrige Pflegeversicherung\)](#) und

[am Landessozialgericht NRW in Essen \(Pflegeversicherung-](#)

Berufungsverfahren) wegen Berufung gegen verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide.

Rentner im 83.Lebensjahr ohne rechtsanwaltliche Unterstützung hat sich nicht erlaubt, sondern ist gezwungen, verfassungswidrige Mehrfach-Gerichtsbescheide anstatt eines Gerichtsbescheides des Sozialgerichts Düsseldorf zusammenzufassen zu einem Berufungsverfahren mit 2 Aktenzeichen (L 5 P 110/24 und L 5 P 105/24) wegen einheitlicher Begründung, um eine Chance zu haben, den Arbeitsaufwand in einem fortgeschrittenem Lebensalter ohne rechtsanwaltliche Unterstützung zu leisten und eine qualifizierte Abwehr gegen Unrecht zu erreichen, weil Grundrechte und ihre Abwehrfunktionen nicht respektiert werden.

Zielsetzung weisungsgebundener Staatsanwälte mit Helfern und Helfershelfern unter Weisungsdruck einer wegen Rehabilitierung und Schadenersatz beklagten Bundesregierung:

Kalkül staatsanwaltlicher Intensivierung möglichst komplexer Gerichtsverfahren zu verfassungswidrigen Sozialversicherungen, verursacht im Zuge der politisch motivierten Zerschlagungen, damit dem Berufungskläger keine Zeit bleibt, um seinen grundgesetzlichen Anspruch auf Rehabilitierung und Schadenersatz nach Art.34 GG durchsetzen und erreichen zu können trotz eines Übermaßes an Beweismittel und Zeugen.

> > > Definitiv: Berufungskläger nicht einverstanden, wenn Menschenrechte mit Füßen getreten werden und darüber hinaus eine mündliche Verhandlung unterdrückt wird.

**LSG-55.** > > > Antrag auf Zeugenvernehmung wegen Verfassungswidrigen Datenschutz-Skandal mit schutzbedürftigen Opferdaten im SCHUFA-Netz:

**Zeuge: Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Hessischer Beauftragter für Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020, Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel, Congressleiter ONLINE 1999, zuständig für Widerspruchsverfahren im SCHUFA-Netz

> > > [http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE\\_99.pdf](http://www.euro-online.de/ftp/ONLINE_99.pdf)

Leiter von Congress IV der Europäischen Congressmesse ONLINE'99 und Herausgeber des ISBN-nummerierten Congressbandes (ISBN 3-89077-195-5): Telekommunikations-Sicherheit & Helpdesk-Management

**Europäisches Menschenrecht auf Datenschutz (Art.8 EMRK)**,

**Datenschutz** ist ein weltweites Grundrecht – Allgemeine Erklärung der **Menschenrechte** der Vereinten Nationen, Artikel 12.

Datenschutz-Skandal: Datenschutz basiert auf Richtigkeit und Integrität der Daten. Opfer-Daten mit hohem Schutzbedarf werden hier mit Nonstop-Bußgeldverfahren und sozialgerichtlichen Verfahren seit 2011 absichtlich zu Täterdaten transformiert,

> weil mit staatsanwaltlicher Sabotage und judikativem Boykott Rehabilitierung und Schadenersatz für 25 Jahre politisch motivierte Zerschlagungen verhindert werden und dadurch Opferdaten mit hohem Schutzbedarf in Täterdaten verfälscht werden (Datenverfälschung),  
> weil politisch motivierte Zerschlagungen mit sozialer Zerschlagung durch Helfer und Helfershelfer weisungsgebundener Staatsanwälte fortgesetzt werden, dies Gerichte übergreifend und außergerichtlich z.B. mit „Hass im SCHUFA-Netz“, mit Psycho-Terror, mit Polizei-Terror, zweimal mit Freiheitsberaubung u.a. nach Bedarf

> weil durch soziale Zerschlagung mit verfassungswidrigen Sozialversicherungen ohne Zugang zu Versicherungsleistungen seit 2010 Menschenrechte mit Füßen getreten werden,

> weil soziale Zerschlagung mit sozialer Diskreditierung, sozialer Ausgrenzung, sozialer Diskriminierung mit verfassungswidrigen SCHUFA-Eintragungen befeuert und maximiert wird

> weil Rentenplünderungen (über 500 € pro Monat) gegen einen Rentner im 83.Lebensjahr erzwungen werden, wegen verfassungswidriger Sozialversicherungen, durch Helfer von weisungsgebundenen Staatsanwälten, unter Weisungsdruck der beklagten Bundesregierung auf einem Pfändungsschutzkonto wegen Schutz vor staatsanwaltlichen Übergriffen, dies auch entgegen den Abwehr-Funktionen der Grundrechte. Sieh Anlage LSG-30 Seite 2

**Leihgabe** aus Congressmesse-Archiv mit Bitte um Rückgabe nach

Abschluss des Verfahrens (Pakete1 und 2)  
**Historischen Dokumente der ONLINE'99**, der 22.Europäischen  
Congressmesse der IT- und TK-Branche (Digitalbranche)  
mit Congress IV unter Leitung von  
**Prof. Dr.jur. Alexander Roßnagel**, Der Hessische Beauftragte für  
Datenschutz und Informationsfreiheit seit 2020,  
Wissenschaftlicher Leiter der PROVET E.V., Universität Kassel,  
Congressleiter ONLINE 1999 mit Antrag auf  
Zeugenaussage zum Datenschutz-Skandal  
mit Anlage SGH für Nachweis der Datenschutz-Kompetenz  
> > > <http://planning.euro-online.de/ftp/SG-DUS5f.pdf>  
Scroll down after link (page 01)